

UWG will Infos zu Beiträgen

Strabs: Unabhängige
haken nach

Neustadt. Was bringt die Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) der Stadt wirklich ein? Nachdem die SPD beantragt hat, die Satzung ersatzlos zu streichen, hakt die UWG-Fraktion jetzt nach. SPD-Finanzpolitiker hatten mit Zahlen aus einem städtischen Bericht errechnet, dass die Satzung in den vergangenen drei Jahren mehr gekostet haben soll, als sie einbrachte. Die Stadtverwaltung, wünscht die UWG, soll vorrechnen, wie hoch die Erträge von 2006 bis 2016 waren, um einen längeren Zeitraum betrachten zu können. Auch die Höhe der externen Förderbeträge aus Programmen wie Ilek und Dorferneuerungsprogramm soll aufgelistet werden, um ein ganzes Bild zu haben, denn Fördergeld wird vor der Aufteilung umlagefähiger Kosten auf die Anlieger einer Straße vom Gesamtbetrag abgezogen.

Die Stadtverwaltung soll außerdem konkret beantworten, ob sich die Erhebung der Ausbaubeiträge tatsächlich nicht rechnet, wie die SPD vermutet. Sollte sie ein Plus in der Kasse bringen, soll die Verwaltung sagen, wie stark die Grundsteuer erhöht werden müsste, um einen Ausfall der Strabs zu kompensieren. Letzte Frage der UWG: „Nach welchen Kriterien würde eine Prioritätenliste zur Sanierung der Straßen bei Wegfall der Strabs erstellt?“ *göt*